



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

3. (Sonder-)Sitzung (öffentlich)

12. Oktober 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:45 Uhr bis 9:55 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Dr. Lukas Bartholomei

Verhandlungspunkt:

**Gesetzentwurf zur Rettung der Trägervielfalt von Kinder-
tageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen**

3

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/751

* * *

**Gesetzentwurf zur Rettung der Trägervielfalt von Kindertageseinrichtungen
in Nordrhein-Westfalen**Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/751

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Meine Damen, meine Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich heiße Sie recht herzlich zu dieser Sondersitzung auf Antrag der regierungstragenden Fraktionen willkommen. Ich begrüße vom Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration Herrn Walhorn. Schön, dass Sie da sind.

Ich erteile den antragstellenden Fraktionen das Wort.

Jens Kamieth (CDU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben diese Sondersitzung beantragt, um möglichst frühzeitig die Verfahrensregularien anzusprechen. Wir wollen sicherstellen, dass das Gesetz schnellstmöglich auf den Weg kommt.

(Zuruf von der SPD: Macht doch mal einen Vorschlag!)

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich in Vorbereitung auf diese Sitzung bei allen anwesenden Fraktionen – ein Vertreter der AfD ist nicht hier – umgehört und bisher einvernehmlich festgestellt, dass kein Bedarf für eine Anhörung besteht.

Wir werden den Punkt also auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung setzen und ihn dann final im Plenum im November verabschieden. Sind alle mit diesem Verfahren einverstanden? – Ich sehe allseitiges Nicken.

Josefine Paul (GRÜNE): Ich habe damit kein grundsätzliches Problem, will aber meiner Verwunderung über dieses Verfahren Ausdruck verleihen; denn es handelt sich doch um ein sehr schnelles Verfahren. Wir wollen einem schnellen Gesetz nicht im Wege stehen, ich will aber darauf hinweisen, dass es sich doch in gewisser Weise um eine Selbstverzweigung des Parlaments handelt. Hätten wir das in der letzten Legislaturperiode so gemacht, hätte dies auf Ihrer Seite für erhebliche Verwunderung gesorgt.

Wie gesagt, ich möchte dem nicht im Wege stehen, möchte nur einmal erwähnen, dass dieses Verfahren schon sehr ungewöhnlich ist – sowohl die haushälterische Abbildung als auch die Tatsache, dass Sie keine Anhörung wollen.

(Jens Kamieth [CDU]: Sie können doch anhören! Beantragen Sie es doch!)

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Ich habe festgestellt, dass sich gegen diese Gesetzgebung bislang schon allein deshalb niemand querstellen will, damit die Träger noch in diesem Jahr das Geld bekommen. Wir sollten daran orientiert weiterdiskutieren.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Auch wir wollen im Sinne eines raschen Verfahrens nicht querstehen. Trotzdem möchte ich erwähnen, dass dies kein Einverständnis zu beispielsweise dem Haushaltsverfahren beinhaltet und auch nicht zu dem Weg, mit dem diese Gelder zur Verfügung gestellt werden. Letzteres empfinden wir als sehr trickreich.

Es käme uns sehr gelegen, wenn der Ausschuss von der Landesregierung die Stellungnahmen der Verbände, die zum Referentenentwurf vorgelegen haben, komplett bekommen könnte, damit wir uns auf diese Weise noch einmal sattelfest machen können.

Ich halte es für zwingend erforderlich, dass wir dieses Gesetz noch einmal in der nächsten Sitzung des Ausschusses diskutieren; denn bislang haben wir darüber noch nicht diskutiert. Wir hatten nur auf Grundlage einer Berichtsbitte zur Planung des Kita-Rettungsprogramms darüber diskutiert, aber noch nicht, als das Gesetz selbst vorlag.

Eine Diskussion würde aber auch in den Ablauf passen; denn die nächste Ausschusssitzung findet statt, bevor im Plenum darüber abgestimmt werden soll.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Herzlichen Dank, Herr Maelzer. Die Zusage, dass wir die Stellungnahmen bekommen, habe ich gerade schon seitens des Ministeriums erhalten.

Marcel Hafke (FDP): Erst einmal ein Dankeschön dafür, dass wir dieses beschleunigte Verfahren in dieser Form durchführen können. Man kann zwar über verschiedenste Ausgestaltungen diskutieren, so wie wir das in der letzten Sitzung auch gemacht haben und wahrscheinlich in der nächsten Sitzung noch einmal tun werden, es geht aber vor allem darum, dass möglichst schnell Geld in das System fließt. Danke, dass das in dieser Art und Weise möglich ist.

Ich fände es gut, wenn wir in der Sitzung am 9. November 2017 noch einmal ausführlicher darüber diskutieren würden. Wir befinden uns schließlich in einem Parlament, und ich habe ein hohes Interesse daran, den Austausch und den Diskurs zu pflegen. Auch ich habe in der letzten Legislaturperiode des Öfteren beschleunigte Gesetzesverfahren der damaligen rot-grünen Landesregierung kritisiert. Jetzt ist es leider bei unserem ersten Gesetzesentwurf genauso, deswegen kann die Opposition das zu Recht kritisieren.

Ein solches verkürztes Verfahren sollte nicht der Regelfall sein, aber da wir aufgrund der Regierungsbildung, der Sommerpause und des Nachtragshaushalts über einen sehr begrenzten Zeithorizont verfügen, müssen wir das in der Form durchführen. Das darf allerdings nicht zum Regelfall werden. Ihr Hinweis, Frau Paul, ist also angekommen.

Ich möchte noch einmal Danke sagen, dass wir das in dieser Art und Weise machen können. Wir können am 9. November 2017 gerne einen ausführlichen politischen Diskurs über das Rettungspaket führen.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Wir halten fest, dass wir das Gesetz in der Sitzung am 9. November 2017 wieder auf die Tagesordnung setzen. Final soll es an den Plenartagen am 15., 16. bzw. 17. November 2017 beraten werden. Sind damit alle so einverstanden? – Herr Dr. Maelzer.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Wir hatten in der letzten regulären Ausschusssitzung darum gebeten, dass uns die Landesregierung die Zahl der verschiedenen Gruppenformen und auch Informationen darüber, wie viele Kinder darin sind, mitteilt. Das ist bislang noch nicht geschehen. Ich bitte darum, dies mit ausreichend Vorlauf vor der nächsten Ausschusssitzung zur Verfügung zu stellen, damit wir uns damit auseinandersetzen können.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Ich erkenne Zustimmung seitens der Landesregierung. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Bedenken zu dem Verfahren insgesamt? – Enthaltungen? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.
Herzlichen Dank. Ich wünsche Ihnen einen schönen Plenartag.

gez. Wolfgang Jörg
Vorsitzender

18.10.2017/08.11.2017
160

